Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7162**

16. Wahlperiode 14. 11. 2007

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Drucksache 16/6924 –

Entwurf eines Siebenundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Bericht der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Norbert Königshofen, Gunter Weißgerber, Dr. Gesine Lötzsch und Anja Hajduk

Mit dem Gesetzentwurf soll der berechtigten öffentlichen Kritik an der heutigen Systematik von Entschädigung und Altersentschädigung Rechnung getragen werden.

Mit der Änderung des § 11 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) soll die Abgeordnetenentschädigung bis zum Ende der 16. Wahlperiode in zwei Schritten auf die Orientierungsgröße angehoben werden. Als Orientierungsgröße für die Abgeordnetenentschädigung soll künftig nur noch das monatliche Grundgehalt der kommunalen Wahlbeamten und Bundesrichter ohne die anteiligen Sonderzahlungen gelten.

Die neuen Versorgungsregelungen sehen eine Abkehr von den bisherigen, sich an der Vollversorgung orientierenden Regelungen der Altersentschädigung in die Richtung einer lückenfüllenden Teilversorgung für die Zeit der Mitgliedschaft im Parlament vor, die nur einen Teil des Berufslebens der Abgeordneten darstellt.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs stellen sich wie folgt dar:

Die Mehrkosten für die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung belaufen sich im Jahr 2008 auf rund 2,4 Mio. Euro und ab dem Jahr 2009 auf weitere rund 2,4 Mio. Euro jährlich.

Bei den Versorgungsaufwendungen wird die Herabsetzung des Steigerungssatzes für die Altersentschädigung langfristig zu einem Einsparvolumen führen.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 14. November 2007

Der Haushaltsausschuss

Otto Fricke
Vorsitzender

Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Norbert Königshofen
Berichterstatter

Gunter Weißgerber
Berichterstatter

Dr. Gesine Lötzsch
Berichterstatterin

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333